

Regierungsratsbeschluss

vom 23. Mai 2006

Nr. 2006/985

**Vernehmlassung zur Änderung der Grundversorgungsbestimmungen in der Fernmeldedienstverordnung
Schreiben an das Bundesamt für Kommunikation, 2501 Biel**

1. Erwägung

Mit Schreiben vom 22. Februar 2006 ist das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation unter anderem an die Kantonsregierungen gelangt und hat sie um Stellungnahme zum Änderungsentwurf der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) ersucht.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements wird das Schreiben an das Bundesamt für Kommunikation i. S. Vernehmlassung zum Änderungsentwurf der Verordnung über Fernmeldedienste beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Kommunikation, 2501 Biel

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2)
Amt für Informatik und Organisation
Amt für Wirtschaft und Arbeit (2; moj, stu)
Ratsleitung
Medien (jae)